

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Schulausschusses vom 19.02.2026

Öffentlicher Teil

TOP 4.1. Berichterstattung aus überregionalen Gremien

Frau Pott informiert über die Thematik der ABC-Klassen. Sie erklärt, dass das Land den Plan habe, Kinder die ab 2029/2030 schulpflichtig werden und sprachliche Probleme haben, bereits ein Jahr vorher (2028/2029) in Sprachförderklassen einzuschulen und sprachlich zu fördern. Dies soll an 2 Tagen in der Woche mit jeweils 2 Stunden stattfinden.

Diese Maßnahme wurde den Schulträgern aber nicht vom Land selbst mitgeteilt, sondern man habe über das Schulamt von dieser Maßnahme erfahren, da das Land diese Pläne bereits an die Schulleitungen weitergegeben habe. Dieses Vorgehen halte man für sehr unglücklich. Für dieses Vorgehen sei auch noch keinerlei gesetzliche Grundlage erarbeitet oder bekannt gemacht worden. Dennoch seien die Schulen schon informiert worden. Der Städtetag habe nun eine kommunale Beteiligung gestartet, da die Kommunen große Herausforderungen sehen. Gerade Hagen hat einen hohen Migrationsanteil unter den SchülerInnen und aktuell geht man davon aus, dass ca. 50% aller Kinder die eingeschult werden nicht die nötigen Deutschkenntnisse haben. In konkreten Zahlen rechnet man damit, dass zukünftig ca. 500 Kinder pro Jahrgang diese Sprachförderklassen besuchen müssen und vorzeitig in die ABC-Klassen eingeschult werden. Diese Sprachförderung soll vorrangig in den Grundschulen stattfinden. Bereits jetzt seien die Grundschulen mehr als ausgelastet und man habe keine Räume für diese Klassen zur Verfügung. Es läge nun am Schulträger alternative Räume für diese Sprachförderklassen zu finden. Auch in den Kitas sei nicht genug räumliche Kapazität für solche Klassen vorhanden. Leider wisse man derzeit noch nicht, wo und wie diese Maßnahme umgesetzt werden soll. Zudem geht das Land davon aus, dass ca. 1.600 zusätzliche Lehrkräfte erforderlich sind für diese Klassen. Eigentlich bräuchten diese allerdings auch noch zusätzliche Qualifikationen, um mit so kleinen Kindern Unterricht zu gestalten.

Man sei derzeit sehr gespannt, wie das Gesetz tatsächlich aussehen wird.

Herr Kruse lässt ausnahmsweise Fragen zu diesem TOP zu.

Herr Walter möchte wissen wie die Stadt einem solchen verpflichtenden Kurs nachkommen möchte.

Frau Soddemann erklärt, dass man die Sinnhaftigkeit dieser Kurse auch in keiner Weise in Frage stelle, dass Frau Pott aber bereits erläutert habe, dass man derzeit noch nicht genau wisse, wie sich die Umsetzung gestalten wird, da es auch derzeit noch keine Rechtsgrundlage gebe. Zudem müsse man sich auf die Suche nach alternativen Räumlichkeiten begeben.